

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 10.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 30.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 4-gespaltene Kompartimentsbreite oder deren Raum mit Mk. 3.— die Zeile gerechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 84

Nastätten, Donnerstag den 20. Juli 1922

45. Jahrgang

## Unser Rückgrat.

Die Zeit ist längst vorbei, in der man sich darüber stritt, ob es für Deutschland nützlich sei, ein Industriestaat oder ein Ackerbaustaat zu sein. Wir müssen auf beiden Gebieten das Beste leisten. Wir haben während des Krieges fast Uebermenschliches fertig gebracht, und heute zwingt uns die Lage, den Ausbau der Produktion nach Kräften fortzusetzen. Der Bezug von Lebensmitteln aus dem Auslande wird immer kostspieliger, die Umwandlung des Bodlandes in Ackerboden ist ein Gebot der Zukunft. Die Arbeit der Industrie muß die Mittel beschaffen, um unsere inneren und äußeren Ausgaben nach Möglichkeit decken zu helfen. Das ist das Rückgrat für die wirtschaftliche Existenz. Aber die Frist nach dem Kriege ist noch viel zu kurz, um alle Wunden zu heilen, die der Feldzug Deutschland geschlagen hat. Daraus ergibt sich von selbst die Mahnung, den beiden Mächten, auf welchen das Deutsche Reich ruht, der Landwirtschaft und der Industrie, nicht übermäßige Lasten zuzumuten, die sie noch nicht tragen können. Die inneren Erscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens dürfen nicht dazu führen, vergessenen zu lassen, daß wir noch nicht wieder so weit sind, wie wir vor 1914 waren. Die Annahme, daß wir über die Resultate der Vorkriegszeit schon hinaus seien, ist ein Trugschluß, den wir weit von uns weisen müssen.

Daß wir mit den Gebietsverlusten auch erhebliche Mengen von Lebensmitteln abzüglich eingebüßt haben, ist bekannt. Die Arbeitskräfte für das Land sind noch nicht wieder vollauf gedeckt, die Düngemittel stehen hoch im Preise. Kommt dann noch ein Ausfall dazu, wie ihn dies trockene Frühjahr beim Getreide geschlagen hat, dann hat auch ein so ferniger Stand, wie unsere Landwirte es sind, die Bäume zusammenzuweisen und muß genau rechnen. Der Streit um die Umlage ist im Reichstage ausgefochten, aber es wird sich noch zu zeigen haben, ob die theoretischen Vorschriften des Umlagegesetzes auch in der Praxis stimmen werden. Das ist ja eben das eigenartige der Landwirtschaft, daß auch die gewissenhafteste Ausfaat noch nicht die entsprechende Ernte garantiert, und ein ungünstiges Jahr die Rückgratfestigkeit einer soliden Landwirtschaft beeinträchtigen kann. Ein milder gutes Jahr trägt nicht nur den Ertrag eines vorausgegangenem besseren auf, sondern es wirkt auch auf das kommende Jahr nachteilig ein. Wir werden deshalb nicht allein daran denken müssen, daß wir für diesen Herbst und Winter etwas haben, sondern auch daran, daß wir für 1923 etwas bekommen. Das ist nicht so einfach, wie es mancher denkt, richtige Maßnahmen müssen den guten Willen anfeuern. Wichtig ist diese Ernte, wichtiger fast die neue Saat.

Von unserer Industrie verlangt die Entente außerordentliches, und dabei müssen die Engländer und Franzosen selbst zugeben, daß unser Export noch lange nicht die Vorkriegszahlen wieder erreicht hat. Unser industrielles Rückgrat verlangt also dringend Schonung von unseren Gläubigern, wenn es wirklich die volle Kraft wieder gewinnen soll. In London schätzt man heute die deutsche Ausfuhr auf 25 Prozent des Friedensexports, in Paris auf 40 Prozent. Die Engländer sind wohl, wie in allen kaufmännischen Dingen, bessere Rechner als die Franzosen. Aber zugegeben, daß es wirklich 40 Prozent wären, was wollen die bedeuten? Sie beweisen doch nur, daß noch sehr viel geschehen muß, um wieder zur alten Höhe zu kommen, und dieses Ziel ist ohne Atempause nicht zu erzielen. Wenn unsere Industrie in der Tat noch mehr für den Ententesädel leisten soll — ob sie es kann, ist die Frage —, dann ist eine selbstverständliche Notwendigkeit, ihr für mehrere Jahre Ruhe und Ellenbogenfreiheit zu gewähren. 1919 saate der damalige Reichsminister Dernburg, wir können 100 Milliarden zahlen, wenn wir Oberschlesien und Bewegungsfreiheit für die Industrie behalten. Oberschlesien haben wir zum Teil verloren, und die Industrie hat seit 1919 keine Dauerkräfte gewinnen können, so viel sie auch geletzt hat.

## Um die Regierung.

Der Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik folgt die Umbildung der Reichsregierung, deren Aufgabe es sein soll, die neuen Bestimmungen anzuwenden. Dazu ist, wie namentlich von der linken Seite des Reichstages betont wurde, rücksichtslose Energie notwendig. Aber

man wird betonen müssen, daß die Energie sich in verschiedenen Formen äußern kann. Beweis ist, daß die deutsche Republik eine Regierung der Autorität nötig hat.

An Autorität, die gleichbedeutend ist mit politischer Macht, hat es unsere Regierungen in Deutschland seit einem Menschenalter gefehlt, nicht etwa bloß in den letzten Jahren. Die Autorität kommt nicht durch Namen oder Reden, das haben wir schon deutlich gesehen, sondern durch den Erfolg. In den Jahren um die Jahrhundertwende bot uns das Schicksal den Erfolg auf dem Präsentierteller dar, an leitender Stelle ist es verläumt worden, ihn zu erreichen. Nachher war es zu spät. Die Regierung der Republik mußte sich dem Druck, der von der Entente ausging, fügen, da war ein großer Erfolg nicht herbeizurufen. Die Umbildungen der Regierung waren ziemlich häufig, aber sie stellten nur Verlegenheits-, Uebergangsperioden dar. In dieser kurzen Zeit einen vollen Respekt zu erzielen, war nicht möglich.

Heute schreibt die Zeit nach diesem Erfolg, nach außen wie nach innen. Und es wird sich nur darum handeln, ob an der Hand der Tatsachen dem Geaner draußen, wie dem Volke drinnen, die Ueberzeugung beigebracht werden kann, daß die deutsche Republik einer Schonung ihrer Kräfte bedarf. Unsere Regierung muß die Worte, die dazu erforderlich sind, finden, nicht die Worte des Pathos oder der Elegie, sondern den Ton der rechten Wahrheit. Es hilft uns nichts, das haben wir eingesehen, wenn wir an die Arbeiterkolonnen des Auslandes appellieren, sondern wir müssen klar und fest bestimmen, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sich befinden. Beht dann, wenn man nicht hören will, die Mark in Scherben, so wird auch der Franken in den Winkel geworfen.

Was möglich ist, das ist in Newyork, London und Paris erkannt worden, als der Dollar weit über die 500 hinausstieg und die Mark kaum noch einen Gold-Frennig wert war. Da spürte man auch auf den Ententeschiffen den schweren Rückschlag. Die deutsche Reichsregierung hat also heute Beweise in Händen, auf Grund deren sie den Kommissionen aus Paris sagen kann, was sich schließlich vorbereiten, wenn wir nicht von einem kleinen Moratorium zu einem großen Abschlus kommen. Die Vertagung der Antwort aus Paris auf das letzte deutsche Stundungsgebet bis zum 15. August muß uns erst recht den Rücken steifen. Geben wir abermals klein bei, wird es heißen: Ihr habt gesunkert!

Dazu gehören Nerven, und die sind auch zur Wahrung der inneren Autorität unentbehrlich. Ebenso erforderlich ist aber auch, daß die Mehrheit des Volkes hinter der Regierung steht. Die Geschichte ist überreich an Beispielen, daß sich nur diejenige Regierung dauernd behaupten kann, die den Erfolg aufweisen kann, daß ihre Politik von der Nation gebilligt wird. Nicht auf Kraft- oder Machtproben sollte es heute im Innern ankommen, sondern auf die Herstellung von Ruhe und Ordnung, in der die rechten Goldwerte der arbeitenden Arbeitsproduktion enthalten sind. Darin liegt die Erfüllung unseres Bedürfnisses auf Kredit. Wie die Dinge heute liegen, müssen wir auf die Stimmen des Auslandes hören. Die Antwort auf alles, was wir tun, liegt in der Wertung der Mark, die stellt den Prüfstein dafür dar, ob wir nach der Ueberzeugung des Auslandes richtig gehandelt haben oder nicht. Eine jede Reichsregierung muß sich heute das Vertrauen von Europa und Amerika erhalten, und dieses wird um so größer sein, je stärker die Stützen sind, die die deutsche Reichsregierung im deutschen Volke findet. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik nicht zur Verlängerung des inneren Kampfes geschaffen wurde, sondern zur Herbeiführung einer dauernden Ruhe. Wm.

## Selbst gerichtet!

Halle, 18. Juli. Die Rathenau-Mörder wurden gestern abend durch Kriminalpolizisten aus Halle auf der Burg Saaleck bei Bad Cösen ermittelt. Die beiden Mörder haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen. Die Kriminalpolizei stellte an der Hand der Steckbriefe fest, daß es sich bei den Selbstmördern um die gesuchten Fischer und Kern handelt.

## Die Vorgeschichte des Rathenau-Mordes.

Wie der Mordplan gefaßt wurde.

Die bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben folgendes Bild der Vorgeschichte der Ermordung Rathenaus. Schon im April d. J. sprach der 17 Jahre alte Schüler Hans Stubenrauch mit dem Studenten Wilhelm Günther, der sich fälschlich für einen Reserveoffizier ausgab, von einem Plane, Dr. Rathenau zu erschlehen. Stubenrauch sprach erst davon, Dr. Rathenau im Reichstage zu erschlehen, dann sollte auf Einwendungen Günthers der Plan in seinem Privatbureau ausgeführt werden. In einer bestimmten Verabredung kam es damals nicht. Der Plan kam auch zur Kenntnis des Gymnasialisten Hans Bernd Tschow, später hörte auch der jetzige Student Ernst Werner Tschow davon. Hier nach wurde auch zwischen Günther und Werner Tschow über den Plan gesprochen. Am 16. Juni war man in Berlin so weit, daß in der Wohnung der Frau Tschow in deren Abwesenheit zwischen Günther, Hans Tschow, Fischer und Kern eine Unterredung über den Mordplan stattfand. Am 20. Juni wurden die Verhandlungen im Steglitzer Ratskeller fortgeführt. Hier wurde Stubenrauch, der nicht anwesend war, ausgeschieden, weil Kern ihn nicht für geeignet hielt. Er will dann auch von dem ganzen Anschlag nichts weiter gehört haben, bis er erst nach dem Geschehen durch Andeutungen Günthers erfuhr, daß der Plan unter dessen Mitwirkung ausgeführt war.

Nach der Wiederaufnahme der Besprechung im Steglitzer Ratskeller trafen sich Günther, Hans Tschow, Fischer und Kern nach dem Besuch eines Lokals am Lützowplatz und fuhrten mit dem Kraftwagen Küchenmeisters, der damals in einer Garage in Wilmerisdorf stand, nach Nikolstoe. Auf der Rückfahrt stiegen Fischer und Kern, während Hans Tschow allein im Wagen blieb, in der Wannengegend aus und veranfaleten im Grunewald eine Schießung mit einer Pistole. Werner Tschow hatte nach seinem ersten Gespräch mit seinem Bruder und der späteren Unterhaltung mit Günther von dem geplanten Anschlag nichts mehr gehört, bis er am Sonntag, dem 18. Juni, unter dem Stichwort „Frisch“ zu einem Besuch nach dem Pensionat am Schiffbauerdamm durch Fernsprecher gebeten wurde. Hier empfingen ihn Fischer und Kern, die am 16. Juni dort abgetreten waren. Es gelang ihnen, Werner Tschow für die Führung des Autos zu gewinnen.

## Die Getreideumlage

Im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Lage.

Von Th. Milberg-Quarabel, Provinzialvors. des Reichs-Landbundes in Schleswig-Holstein, M. d. L.

Die politische und wirtschaftliche Lage des Augenblicks steht noch völlig unter dem Eindruck der Ermordung des Reichsaussenministers Rathenau. Es ist im höchsten Grade bedauerlich und zeugt von der Verwilderung jeglicher politischen Sitten, daß der Mord an Rathenau überhaupt möglich war. Man mag zu der Persönlichkeit und zu der politischen Einstellung Rathenaus stehen wie man will: Das Recht, aus derartigen Gründen von der Waffe des Nordes Gebrauch zu machen, darf man keinem Menschen zugestehen und die ganze Schwere des Gesetzes muß die Schuldigen treffen.

Besonders einschneidend ist die Ermordung Rathenaus auch für uns Landwirte gewesen, denn sie fand gerade statt in den Tagen, in denen im Reichstage über die Umlage verhandelt wurde. Es war ohne weiteres klar, daß die Position der Rechtsparteien sich durch dieses Ereignis wesentlich verschlechtert hatte, denn die Regierung war in diesen aufgeregten Tagen natürlich nur zu geneigt, alles gegen den Willen der Rechten mit den Stimmen der äußersten Linken zu tun: Und so haben wir ein Umlagegesetz bekommen, aus dem ich folgendes hervorheben möchte: Die Höhe der Umlage ist die gleiche wie im vorigen Jahre, nämlich 2,5 Millionen Tonnen. Besitzgrößen bis 5 Hektar bleiben von der Umlage befreit. Dadurch erhöht sich naturgemäß das Umlieferungsoll der mittleren und größeren Betriebe. Die Preise betragen 7400 M. für Weizen, 6900 M. für Roggen, 6700 M. für Gerste und 6600 Mark für Hafer je Tonne. Diese Preise

gelten jedoch nur für das erste Drittel, während für das zweite und dritte Drittel die Preise nach Anhörung eines Ausschusses festgesetzt werden, der aus 20 Sachverständigen besteht.

Hierzu ist zu bemerken: Die Durchführung der Umlage in der gleichen Höhe wie im vorigen Jahre wird nach Fortfall der Betriebe unter 5 Hektar völlig ausgeschlossen sein. In sich können wir es nur begrüßen, daß wenigstens die Betriebe bis zu 5 Hektar von der Umlage verschont bleiben, und wir haben auch stets darauf hingearbeitet, haben jedoch auf der anderen Seite als selbstverständlich verlangt, daß sich dann die Umlage entsprechend verringern müßte. In dem Entwurf des Gesetzes soll stehen, daß bei der Preisbemessung einmal die Herstellungskosten, sodann ein angemessener Unternehmensgewinn und endlich die nächstjährige Bestellung garantiert sein müßte. Dies ist bei der zugrunde gelegten Preisfestsetzung natürlich ein glatter Unsinn, und ich behaupte, daß nicht einmal die Herstellungskosten, geschweige denn irgend etwas anderes, durch die festgesetzten Preise aufgebracht werden. Dieses Gesetz ist angenommen worden mit den Stimmen des Zentrums, der Demokratischen, der Sozialdemokratischen, der Unabhängigen und eines Teiles der Bayerischen Volksparteien. Wir sehen also wieder zu unserem Bedauern, daß die landwirtschaftlichen Vertreter dem Zentrum gegenüber trotz besten Willens machtlos waren.

Was wird nun die Folge sein für uns Landwirte? Ich möchte den Ereignissen nicht vorgreifen und nur folgendes sagen: In wenigen Tagen findet die Vertreterversammlung des Reichs-Landbundes in Berlin statt, wo wir uns über die einzuschlagenden Wege schlüssig werden sollen.

Trübe Wolken stehen am politischen und wirtschaftlichen Horizont unseres Volkes. Trübe Wolken stehen insbesondere am Himmel der Landwirtschaft. Wir wissen, daß durch das vorliegende Umlagegesetz, wenn es durchgeführt wird, endlich der Wille der Sozialdemokratie erfüllt wird, nämlich der Ruin der deutschen Landwirtschaft. Ich bitte, zunächst volle Ruhe zu bewahren, bis wir uns über die einzuschlagenden Wege einig sind, dann aber treu zur Fahne des Reichs-Landbundes zu stehen.

## Um die Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Demokratische Bedenken.

Der von dem früheren preußischen Ministerpräsidenten Steinerwald ausgearbeitete Plan einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten bildete am Sonntag den Gegenstand von Besprechungen zwischen den Parteiführern Marx vom Zentrum, Stresemann von der Deutschen Volkspartei und Peterien von den Demokraten. Grundsätzlich stand man dem Gedanken sympathisch gegenüber und es ist damit zu rechnen, daß sich die Fraktionen auf den gleichen Standpunkt stellen werden. Da die Parlaamentsferien unmittelbar vor der Tür stehen, wird man vorläufig allerdings noch keine Entscheidung treffen, sondern die ganze Frage bis zum Herbst vertagen. In der Presse der in Frage kommenden Parteien scheint man sich allerdings mit dem Plan noch nicht so bedingungslos befreunden zu können. So schreibt Georg Bernhard in der „Westfälischen Zeitung“:

Was soll solche Arbeitsgemeinschaft? Es liegt keinerlei organischer Grund dafür vor. Denn eine Verichmelzung kommt zwischen Zentrum und Deutsche Volkspartei doch nicht in Frage. Eine dauernde Gemeinsamkeit in Schulfragen von Reich ist zwischen beiden Parteien gar nicht denkbar. Wenn es sich noch um eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten und Volkspartei handelte, die mindestens in kulturpolitischen Richtlinien einig gehen können, bei denen vielleicht auch einmal die Vereinigung zur großen republikanischen Partei möglich ist! Aber so wie die Sache jetzt aufgezwungen wird, fehlt jeder natürliche Zusammenhang. . .

Bernhard führt dann weiter aus, daß die Arbeitsgemeinschaft eine besondere Gefahr für die demokratische Partei bilden würde, deren linksgerichtete Elemente zur Sozialdemokratie und deren rechter Flügel zur Deutschen Volkspartei abwandern würden. Die von weiten Kreisen des deutschen Bürgertums gewünschte Erweiterung der Koalition nach rechts dürfte nicht erfolgen.

durch künstliche Konstruktionen, die den Parteilampf verschärfen, sondern durch eine verständliche Entwicklung.

Die Einwände des „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ meint, der Sozialdemokratische Plan sei mäßiges Sommertheater und könnte heißen: „Wurde wider Wirt“. Das sozialdemokratische Blatt weist auf den Unterschied hin, der darin liegt, daß die Sozialdemokratie bis zum Jahre 1918 noch eine einheitliche Partei gewesen sei, während die Parteien, die zu einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden sollen, sich wegen ihrer inneren Verschiedenartigkeit niemals in einer Einheit zusammenschließen könnten.

Das kann die bürgerliche Sammlung unter solchen Verhältnissen erreichen? Wir leben nicht nur in der Republik, sondern auch unter dem demokratisch-parlamentarischen System. Ohne Reichstagsmehrheit kann nicht regiert werden. Ohne die Sozialdemokratie kann aber keine Reichstagsmehrheit gebildet werden, wenn man nicht die Monarchisten in sie einbeziehen will. Wegen die Sozialdemokratie kann nicht regiert werden!

Auf der anderen Seite: Die Sozialdemokratie kann nicht allein regieren. Sie kann es nicht, weil sie nicht die Mehrheit hat. Ihre Ansichten und auch die Ansichten der neuen sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Mehrheit zu erringen, sind verächtlich, solange ein — wenn auch nur kleiner — Teil der Arbeiterschaft blind genug ist, mit den Kommunisten zu laufen. Die Existenz der R. P. D. ist für die bürgerlichen Parteien die beste Garantie gegen die Entstehung einer sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Vom Reichstage.

„Aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag!“ Unter dieser vielfachgenutzten Überschrift schreibt Prof. Martin Spahn in der während des Berliner Zeitungsstreiks herausgegebenen Nummer der Zeitung „Gewissen“:

„Im Jahre 1917 hielt sich ein schwedischer Oberst als Gast im englischen Hauptquartier auf. Er sah dort eines Tages als Tischnachbar neben Lord Cecil. Der englische Staatsmann sprach zu ihm von der Unbesiegbarkeit der deutschen Heere. Dann sagte er hinzu: „Aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag!“

Daran anschließend erinnert Professor Spahn daran, wie der Reichstag im Juli 1917 (Friedensresolution) verfaßt habe, wie er am 9. Oktober 1917 dem Feind in die Hände gearbeitet habe, als sich seine Witzpartei gegen das Krisisjahr in der Reichstag aufzulebenden Revolutionsflamme verschlossen, wie er im Jahre 1918 zwischen der Hoffnung auf Wilson und der Furcht vor den Amerikanern an der Front willenslos hin- und herschwankte und schließlich im November 1918 vor den Volksbeauftragten der roten Revolution das Feld geräumt hat.

Prof. Spahn fährt dann fort: „Seitdem bittet der Reichstag um einen Waffenstillstand nach dem anderen, und paßt mit der roten Revolution ein um das andere Mal. Er setzte seine Unterschrift unter den Frieden von Versailles. Er kniete vor dem Londoner Ultimatum in die Knie. Er löste unser Heer und unseren Selbstschutz auf. Er unterwarf unsere Finanzen der Aufsicht unserer Feinde. Er beugte sich nicht weniger vor der U. S. P., als sie im März 1919 die Aufnahme der sowjetrussischen Betriebsräte in die Verfassung verlangte. Er räumte den Gewerkschaften den maßgebenden Einfluß auf die deutsche Innenpolitik in der Woche des Kapp-Putsch ein. In seiner Erregungsfähigkeit und dank seiner schwachen Nerven ward er sofort wieder ein Werkzeug der revolutionären Wählarbeit, als Erzberger und Rathenau fielen. In Tagen der Aufspaltung der Masse dient er der Stufen gleichsam zur Sirene, deren Geheul alles von der ruhigen Arbeit aufhören läßt und gegen rechts aufbringt, dient er ihr auch dazu, die Angst vor der Macht der Straße, in die er selbst leichter als irgend jemand sonst versinkt, ins Land hinaus auf das ganze Bürgertum zu übertragen.“

Der Reichstag, das ist nicht die eine oder andere Partei. Das ist die Gesamtheit der Parteien.

Die Gefühle des Kanzlers schlugen in der vorigen Woche fraktionslos hin und her zwischen der Lust, Frankreich als den wahnsinnigsten Schuldigen anzulagen und dem demagogischen Gefühl, die Rechte vor die Menge zu schleifen. Aber auch die Gefühle in den Reichsparteien flatterten zwischen der Angst, daß sie am Ende doch in die Mordtat mit verwickelt werden möchten, und der selbst zum Gegenangriff schon bereiten Entlastung über die schamlose Ausnützung der Mordtat durch die Linke, unruhig auf und ab. Es behauptete sich in den entscheidenden Tagen doch nur jenes Gefühl und diese Angst. Wie ein Sturm ging es über den Reichstag dahin, auf den die Parteien zwar in den verschiedenen Abstimmungen, je nach ihrer Stellung reagierten, der die stolzen Wipfel aber alle vor sich her niederbrückte. Als sein Haufen zum Orkan aufzuschwellen drohte, suchten sich die Parteien deshalb auch in der Heimlichkeit des weit- und tiefdringenden Wallotbaues sofort wieder, als wenn sie sich untereinander Halt geben könnten. Die Getreideumlage wurde plötzlich bei halbem Licht und mit halber Stimme zum Beschluß gebracht. Geht es nach den Wünschen der Parteiführer, so werden die Verordnungen zum Schutz der Republik nicht anders erledigt. Alle leben schon wieder unter dem Rückschlag und Wärm der vor-

aufgegangenen Woche und in der Furcht vor den Geistes, die sie riesen. Die einen gaben etwas nach, die anderen lassen geschehen. Und alle verschließen die Augen dagegen, daß das Ergebnis seiner grundsätzlichen Tragweite nach doch immer wieder zugunsten der unser Volk zerschenden Straße des Auslandes oder im Innern zu Buchen ist.“

Durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Getreideumlage hat der Reichstag die Landwirtschaft auf neue in ihrem Lebensnerv getroffen. Man wird sich daher nicht wundern können, wenn solche historischen Erinnerungen dem Streben der Landwirtschaft nach ständischer Vertretung neuen Antrieb geben.

Der Oberschlesische Hilfsbund.

Die Unterstützung der Deutschen in Oberschlesien.

Wir begrüßen aufs wärmste die langst erfolgte Gründung des Oberschlesischen Hilfsbundes, dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung und Förderung deutscher Kultur in Oberschlesien, insbesondere aber der Schutz des deutschverbleibenden Teiles von Oberschlesien gegen die gewaltig heranbrängende polnische Propaganda ist.

Wir fordern, mit Rücksicht auf die allen Deutschen gemeinsamen vaterländischen Ziele, die der Oberschlesische Hilfsbund verfolgt, alle unsere Leser ohne Unterschied der Partei auf, den Oberschlesischen Hilfsbund in geeigneter Weise dauernd zu fördern und nachdrücklich zu unterstützen. Der Oberschlesische Hilfsbund ist die einzige Stelle, die jetzt die alleinige Sammelaufgabe für diese Aufgaben im deutschen Oberschlesien hat, womit jeder Zerplitterung der in Oberschlesien tätigen Kräfte sowie der für diese Zwecke zu sammelnden Gelder ein für alle Mal vorgebeugt ist. Es ist die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die durch das Genfer Diktat zwar entschieden, aber nicht gelöste ober-schlesische Frage in der deutschen Öffentlichkeit und in dem Herzen eines jeden Volksgenossen dauernd denjenigen Widerhall findet, auf die sie im Hinblick auf ihre kulturelle, wirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung Anspruch hat.

Schwere Regierungskrise in Polen.

Pilsudski droht mit dem Rücktritt.

Nachdem der polnische Staatschef die Bildung einer neuen Regierung als hoffnungslos aufgegeben hatte, hat nunmehr der Sejm einen Kandidaten bestimmt. Gewählt wurde mit 219 gegen 208 Stimmen als Kandidat der Rechten und des rechten Flügels des Zentrums der durch die Organisation der ober-schlesischen Banden sattem bekannte Korfanti.

Durch diese Wahl hat sich die Kabinettskrise zu einer Präsidentschaftskrise ausgewachsen. Der Staatschef Pilsudski richtete an den Sejm-Marschall Trampczynski ein Schreiben, in dem er sagt, daß die Wahl Korfantys zum Ministerpräsidenten mit seinen Ansichten über die innere Lage des Staates in Widerspruch stehe und er sich daher gezwungen sehen werde, in kürzester Zeit sein Amt niederzulegen.

Dieser Einspruch Pilsudskis läßt die Lage noch verworrener erscheinen, als sie schon ohnehin ist. Vom deutschen Standpunkt aus kann man ein Kabinett Korfanti nur mit allerhöchster Mißtrauen betrachten und man würde es nur begrüßen können, wenn der Einspruch Pilsudskis den Erfolg haben sollte, die Kandidatur eines Mannes zu Fall zu bringen, dessen Name ein Programm bedeutet, das neue Herausforderungen Polens an seine Nachbarn befürchten läßt. Die schwache Mehrheit, mit der Korfanti gewählt wurde, läßt allerdings erwarten, daß seine Ministerpräsidentenschaft nur auch ohnedies ein kurzes Eigenbild in dem unermüdblich weiter abrollenden polnischen Regierungskrisis sein würde. Welche Wirkung die polnische Dauerkrise auf die Valuta ausübt, zeigt am besten die Tatsache, daß der Dollar seit dem 2. Juli von 8800 auf 6500 polnische Mark gestiegen ist. Eine Regierung Korfanti wird kaum eine rückläufige Bewegung zustande bringen.

Die Ernte Anfang Juli.

Reichliche Mittelernte in Anbacht.

Der Saatenstandsbericht am Anfang Juli zeigt folgende Vegetationsziffern: Winterweizen 3,8 (gegen 2,4 im Vorjahre), Sommerweizen 3,1 (2,0), Winterroggen 3,0 (2,5), Sommerroggen 3,3 (2,9), Wintergerste 3,4 (2,8), Sommergerste 3,0 (2,0), Hafer 3,3 (2,7), Kartoffeln 2,7 (2,7). Sämtliche Getreidearten werden also schlechter als „mittel“ bewertet.

Vom Wintergetreide ist das wichtigste, und zwar Weizen und Roggen, gegen den Stand des Vormonats unverändert geblieben. Die Blüte dieser Früchte ist recht erfreulich verlaufen; der Körneranlag der normal gebildeten Ähren soll recht voll sein. Danach kann jedenfalls mit einer leidlichen Mittelernte an Körnern unserer hauptsächlichsten Brotfrucht gerechnet werden. Das Stroh wird bei Roggen ziemlich kurz ausfallen, bei Weizen kann bei der jetzigen leichten Witterung noch eine Besserung eintreten.

Verflechtung der Sommersaaten.

Der günstige Stand der Sommersaaten Anfang Juni hat sich seitdem durchme-

verschlechtert. Auch die Süßholzwurzelbästen ein. Besonders der Hafer ist vielfach lückenhaft und gelblich geworden; auf jezt er in manchen Gegenden starken Nostobell. Nach den Niederschlägen in der letzten Juniwoche hat sich schon vieles gebessert.

Günstiger Stand der Kartoffeln.

Von den Hackfrüchten haben die frühesten und auch die spätesten Kartoffeln mit wenigen Ausnahmen einen günstigen Stand; sie sind meist lückenhaft aufgegangen und die Stauden haben frisches und kräftiges Aussehen. Irgeendwelche Schädigungen wurden nirgends beobachtet.

Futterpflanzen und Vieles.

lauten die Nachrichten fast überall unangenehm. Auf den mageren und hochgelegenen Weiden fehlt das Untergras meist völlig und die Erträge des im Ganzen befriedigenden ersten Schnittes bringen ein Viertel bis höchstens zwei Drittel einer sonst gewöhnlichen Ernte; die Beschaffenheit der Erträge ist jedoch gut.

Die Heuernte ist bisher im allgemeinen glatt vorangetragen, wenn auch hier und dort unbeständiges Wetter etwas gestört hat.

Vom Getreidemarkt.

Bericht des Deutschen Landwirtschaftsbrats über die vergangene Woche.

Bis zum Montag, den 10. Juli, ging die sprunghafte Aufwärtsbewegung der Preise für ausländische Rohstoffe weiter und die Produktpreise wurden dementsprechend mitgezogen. Am Dienstag erfolgte ein Umchwung. Die Hoffnungen auf Bewilligung eines Moratoriums und auf eine Anleihe traten wieder in den Vordergrund, während man vorher alles grau in grau gesehen hatte. Der dadurch veranlaßte Rückschlag war sehr erheblich.

Für Weizen hatten wir diesmal eine weitere Steigerung bis auf 1150—1175 Mark. Zu diesen Preisen waren die Mühlen starke Käufer gewesen, um sich erst zurückzuziehen, als der Dollar wieder zurückging und dadurch auch mehr Weizen-Angebot aus dem Lande herauskam.

Beim Roggen ging die Steigerung gleichfalls weiter. Die zweite Hälfte der Berichtwoche brachte dann einen um so stärkeren Abschlag. Auch hierbei handelte es sich fast allein um die Einklässe des steigenden und wieder sinkenden Dollars.

Für Gerste war in großen Mengen der Preisgang wohl derselbe wie beim Vortage, indessen hielt sich der anfängliche weitere Aufschwung und dementsprechend auch der stärkere Rückgang in engeren Grenzen als bei jenem, ebenso beim Hafer, die Futtermittelforderungen liegen zwar nicht unerheblich nach, aber das Angebot an Abladung war keineswegs groß. In Mais war in den letzten Tagen neues Geschäft mit dem Auslande verhältnismäßig still.

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne. Chicago: Weizen 19049 bis 18762, Mais 10930—11372. Berlin: Weizen 20200—20500, Roggen 14600 bis 15000, Gerste 18000—18800, Hafer 18400 bis 16900, Mais 14480—15000. Hamburg: Weizen 20000—20100, Roggen 15400—16200, Hafer 17600—18200, Gerste 18500—19000 (ausländische 16400—16800), Mais 15000—15300. Bremen: Weizen 23000 (Sardwintler 25000), Roggen 18400, Mais 16600, White Clipped Hafer 19000, Gerste 23000. Mannheim: Weizen 26500—27000, Roggen 21000—21250, Mais 20500. Breslau: Weizen 20000, Roggen 15600, Hafer 16200—17000, Sommergerste 17500—17800. Köln: Weizen 23750—24250, Roggen 19750—20250, Hafer 22500—23500 (ausländischer 21500—22000), Futtergerste ausl. 21000—21500, Wintergerste inl. 21500—22000, Mais 20000 bis 20500. Dresden: Weizen 23500 bis 24000, Roggen 17800—18200, Sommergerste 19800—20600, Wintergerste 18000 bis 18600, Hafer 20000—20200, Mais Mixed 19600—19800.

Kartoffelpreise der Notierungskommission. (Das Geschäft in alten Speisekartoffeln hat in Berlin und Frankfurt am Main aufgehört, da Angebote nicht mehr vorliegen. Neue Speisekartoffeln sind noch nicht am Markt.)

Butterversteigerungen: Berlin: 294 Kfz, Höchstpreis 9570, niedrigster Preis 7670 Mark. Hamburg: 421 Kfz 1. Qual. 9098 Mark im Durchschnitt. Höchstpreis 9120, niedrigster Preis 9000 Mark; 8 Kfz 2. Qual. 8900 Mark im Durchschnitt. Bremen: 248 Kfz, Höchstpreis 9200, niedrigster Preis 8880 Mark; 2. Qual. 7110 bis 8230 Mark. Stark abfallende Ware 6700 Mark.

Deputat und Umsatzsteuer.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für Steuerfragen am 2. 8. 22 hat ein Regierungsvertreter über die Frage der Umsatzsteuerpflicht von Deputaten Ausführungen gemacht, von denen einige zu Zweifeln Anlaß gegeben, und deren Anwendung durch die Finanzämter unter den Deputat-Empfängern Erregung hervorgerufen haben. So wird z. B. der Deputat-Empfänger zur Umsatzsteuer herangezogen, wenn er Teile seines Deputats veräußert. Allgemein kann die Nichtigkeit dieses Verfahrens, wie uns der Reichs-Landbund wissen läßt, nicht anerkannt werden. Die Voraussetzung zur Umsatzsteuerpflicht ist, daß es sich um einen selbständigen Unternehmer und nach den Regierungsausführungen um einen nachhaltigen Verkauf gegen Entgelt handelt. Diese

Voraussetzungen werden bei vielen Deputatempfängern nicht zutreffen. Das Deputat ist ein Teil des Lohnes. Würde der Landarbeiter kein Deputat, sondern hierfür den entsprechenden Geldbetrag erhalten, so könnte er notwendige Anschaffungen machen, ohne seinerseits Umsatzsteuer zu zahlen. Da nun das Deputat nur ein Ersatz des Lohnes ist, so müßte der Teil des Deputats, der zur Beschaffung notwendiger Dinge hin gegeben wird, in gleicher Weise wie der Barlohn von der Umsatzsteuer befreit sein. Das Deputat dient auch hauptsächlich zum Lebensunterhalt des betr. Landarbeiters und seiner Familie. Einzelne Teile, die veräußert werden, können in den seltensten Fällen mit dem Begriff einer beruflichen und nachhaltigen Tätigkeit in Einklang gebracht werden. Daher müßte in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob die Voraussetzungen der Umsatzsteuerpflicht gegeben sind. Auch die Auffassung, daß ein Arbeiter umsatzsteuerpflichtig wird, wenn er ein Stück Ackerland als Deputat erhält und Erzeugnisse hieraus verkauft, kann in dieser allgemeinen Form nicht zutreffen. Von der Umsatzsteuer sind nach § 2 Ziffer 10 die üblichen Naturalleistungen eines Unternehmers an seine Arbeiter befreit. Die Eingabe von Grund und Boden erfolgt lediglich zu dem Zwecke, daß der betr. Arbeiter von dem Grund und Boden einen Naturalertrag hat. Es ist lediglich eine andere Form des Deputats. Es kann daher nicht als richtig angesehen werden, wenn der betreffende Arbeiter als selbständig Gewerbetreibender nunmehr angesehen wird. Es müßte daher auch in diesem Falle bei Veräußerung von Teilen des gewonnenen Deputats einzeln geprüft werden, ob die Veräußerung im Rahmen einer nachhaltigen Tätigkeit erfolgt. Allgemein kann jedenfalls auch hier eine Umsatzsteuerpflicht nicht schlechthin anerkannt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Juli 1922.

Hilfsaktion für die deutsche Presse.

Eine Vorlage, wonach Notgeld jeder Art bis zum Ablauf von drei Monaten nach Verkündigung dieses Gesetzes einlöslich sein muß, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zur zweiten Beratung eines Gesetzes, welches über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Preise erstatet (Abg. Dr. Herz (U. S.)) den Ausschussbericht. Viele Abänderungswünsche wurden zurückgestellt, da der Entwurf unbedingt noch in dieser Session verabschiedet werden muß. Beim Artikel 1 wurde die Bildung der Zwangsverbände der Papiererzeuger und die Festlegung der Höchstpreise nicht nur von der Zustimmung des Reichstags, sondern auch des 5. Ausschusses des Reichstages abhängig gemacht. Die Regierung erklärte sich bereit, die zahlreichen Anträge über die Verteilung der Rückvergütung bei den Ausfuhrbestimmungen zu berücksichtigen, weshalb wurde auf die weitere Beratung dieser Anträge verzichtet.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hält es für fraglich, ob der Entwurf die notwendige Hilfe bringen wird. Die Notlage der Presse ist hervorgerufen durch die Steigerung des Papierpreises und namentlich des Papierholzes. 1918 kostete der Raummeter 10 Mark, im Juli dieses Jahres 1250 Mark, teilweise sogar ist er auf 1800 Mark gestiegen. Der Papierpreis ist von 21 Mark auf 2000 Mark gestiegen. Es besteht die Gefahr, daß die Presse von Großkapitalisten angekauft und einseitig beherrscht wird. Die bedrängte Lage der Presse könnte auch Anlaß zur Korruption geben, wie es zum Teil im Auslande der Fall ist. Der jetzt vorgezeichneten Hilfsaktion stimmt die Regierung zu.

Abg. Hülein (Komm.) beantragt, die Holzabgabe von 12 Prozent auf 2,5 Prozent und die Ausfuhrabgabe von 1,5 pro Mille auf 1/2 pro Mille herabzusetzen.

Nachdem der Reichswirtschaftsminister Schmidt gebeten, die Erhöhung der abgabefreien Fläche abzulehnen, werden die kommunizistischen Anträge und ein Antrag Gerold, die abgabefreie Fläche von 10 auf 80 Hektar zu erhöhen, abgelehnt. Angenommen wird dagegen folgender Anlaß der bürgerlichen Parteien zu Art. 4: Der Rückvergütungsberechnung ist eine Staffellung zugrunde zu legen, nach der für Betreibungen mit geringerem Papierverbrauch für das Kilogramm des Verbrauchs eine höhere Vergütung gezahlt wird als für Betreibungen mit größerem Verbrauch. In den Ausführungsbestimmungen wird das nähere festgesetzt. — Die dritte Lesung findet am Dienstag statt.

Die Erbschaftsteuer.

In der dann fortgesetzten zweiten Sitzung der Erbschaftsteuervorlage wird ein Kompromißantrag angenommen, nach welchem Zuwendungen an inländische Kirchen und andere Anstalten, die ausschließlich kirchliche Zwecke verfolgen, und Zuwendungen zu kirchlichen Zwecken steuerfrei sein sollen. Nach den Kompromißanträgen zum § 35, welche angenommen werden, beträgt die Steuer für den Erwerb inländischer Gemeinden, gemeinnütziger Gesellschaften und Anstalten und für Zuwendungen, die ausschließlich mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, 5 Prozent. Beiträge und Zuwendungen an eine politische Vereinigung sind steuerfrei, soweit sie in einem Kalenderjahr für eine Person 5000 Mark nicht übersteigen. Bei nicht mehr als 100 000 Mark werden sie mit 5 Prozent besteuert. Angenommen wird weiter ein Kompromißantrag, wonach das Erbschaftsteuerrecht, die Amanasankleib-

und die Änderung des Einkommensteuergesetzes gemeinsam verabschiedet werden müssen.

Damit schließt die zweite Lesung, die dritte wird vorläufig zurückgestellt.

Die Zwangsanleihe.

In der zweiten Lesung des Gesetzeswurfs über die Zwangsanleihe betont Abgeordneter Dr. Kellner (Dnat.) seinen grundsätzlichen Gegensatz zur Zwangsanleihe, der ihn nicht gebietet habe, im Ausschuss positiv mitzuarbeiten.

In der Einzelabstimmung wird das Gesetz über die Zwangsanleihe in zweiter und sofort darauf endgültig in dritter Lesung angenommen.

Deutsches Reich.

Wegen die Auflösung des Bundes der Anstreicher hat der Bundesvorstand Beschwerde erhoben. Der Bund sei seinem ganzen Aufbau, seiner Anlage und Arbeit nach das ausgesprochene Gegenteil einer Geheimorganisation.

Der Bericht des Garantiekomitees vor dem Reichskabinett. Das Reichskabinett beschäftigte sich in den letzten Tagen eingehend mit dem Bericht des Garantiekomitees, das übrigens — entgegen anderen Meldungen — zurzeit noch in Berlin weilt.

Eine neue deutsche Note hat der Botschafter Dr. Maner der französischen Regierung überreicht. Die Reichsregierung teilt darin mit, daß sie sich gezwungen sieht, die Reparationszahlungen für die Privatgüter, die während des Krieges beschlagnahmt waren und aus Grund des Versailles-Vertrages zurückzugeben sind, einzustellen.

Neue Feuerungsanlagen für die Beamten. Im Beamtenschaftsausschuss des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließen werde, in eine erneute Feuerungsaktion einzutreten.

Ein kommunistischer Kreisführer in Thüringen. Wie aus Weimar gemeldet wird, ist der bekannte Führer der kommunistischen Landtagsfraktion, der 37 Jahre alte Volksschullehrer Tenner in Sundhausen bei Gotha von dem Minister für Volksbildung, Greil, zum kommissarischen Kreisführer des Schulaufsichtsbezirks Weimar ernannt worden.

Die neuen Einkommensteuerverhältnisse. Nach dem neuen Einkommensteuergesetz, das am Sonnabend im Reichstag in zweiter Lesung angenommen wurde, beträgt die Einkommensteuer 10 v. H. bei einem steuerbaren Einkommen bis zu 100 000 M., für weitere 50 000 M. Einkommen 15 v. H.

Der Deputierte Barthou ist in einem Departement des Südens zum Senator gewählt worden.

Der verhaftete Mörder des Chefredakteurs Marchlewski von der Wiener Zeitung „Kurier Postanstalt“ ist als der Führer der nationalen Arbeiterpartei Tobiasz Erzebiakowski aus Thorn festgesetzt worden.

Ein Flugzeug der französischen Luftschiffgesellschaft ist am Sonntag bei Bader abgestürzt; sämtliche Passagiere der Engländer, wurden getötet.

lammenbruch führen muß und erwartete von der Staatsregierung unverzügliche Maßnahmen zugunsten der in ihrer Existenz bedrohten Gemeinden.

Der Dankbeamte Karl Emons, der bekannte Führer der radikalen Bankbeamtenbewegung, ist durch Entscheidung eines Schiedsgerichts wegen parteischädigenden Verhaltens aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die deutsch-nationale Wochenchrift „Nordwest“ auf die Dauer von sechs Monaten verboten.

Der Gesetzentwurf auf Bewilligung eines Kredits von 75 Millionen Mark zur Ausführung der Werke zum Schutze der Republik wird nach kurzer erster Beratung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

In später Stunde geht man dann noch zur 2. Lesung des Reichsstrafgesetzbuchs über.

Ausland.

Polen.

Deutscher Protest gegen Dorfantys Kandidatur. Im Namen der deutschen Vereinigung im Seim gab der Abgeordnete Hasbach folgende Erklärung ab.

Schweiz.

Neue Tagung des Völkerverbundes. Der Rat des Völkerverbundes hat am Montag unter dem Vorsitz des spanischen Botschafters in Paris, Quinones de Leon, seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Italien.

Rabinettskrise in Italien. Wie der „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, wird die politische Lage sehr ernst beurteilt.

Frankreich.

Noch immer Sanktionen. Poincaré hatte am Sonntag eine lange Unterredung mit Dubois.

Der Deputierte Barthou ist in einem Departement des Südens zum Senator gewählt worden.

Der verhaftete Mörder des Chefredakteurs Marchlewski von der Wiener Zeitung „Kurier Postanstalt“ ist als der Führer der nationalen Arbeiterpartei Tobiasz Erzebiakowski aus Thorn festgesetzt worden.

Ein Flugzeug der französischen Luftschiffgesellschaft ist am Sonntag bei Bader abgestürzt; sämtliche Passagiere der Engländer, wurden getötet.

Der englische Feldmarschall Dalglish unter der Firma John Dalglish u. Co. eine große Fabrik zur Erzeugung von Elektrizität übernommen.

Heimatliches.

Rastätten, 19. Juli 1922.

Kartoffelversorgung. Vom 1. August ab hat jeder, der den Handel mit Kartoffeln betreiben will, eine besondere Erlaubnis nötig.

Gewerbeschulwesen. Der Gewerbeverein für Nassau hat den Beschluß gefaßt, seine Tätigkeit auf dem Gebiete des gewerblichen Schulwesens aufzugeben.

Niederwallmenach, 19. Juli. Der weit über die Grenzen unseres Ortes hinaus bekannte und geehrte Kaufmann und Landwirt, Herr Karl Friedrich Buus, ist, sein unvergängliches Andenken bei Allen hinterlassend, gestern Abend im Alter von 69 Jahren verstorben.

Miehlen, 19. Juli. Am kommenden Sonntag hält unser Turnverein sein alljährlich bekanntes Sommerfest ab.

Hunzel, 17. Juli. Ein bei einem hiesigen Landwirt bedienstetes Mädchen wollte mit ihrem 15-jährigen Bruder, welcher ebenfalls hier in Stellung ist, am Sonntag morgen nach ihrem Heimatort Weyer gehen.

Obertiefenbach, 17. Juli. Am vergangenen Sonntag fand dahier eine Feier des Evangelischen Bundes statt, wozu sehr viele Teilnehmer von Nah und Fern erschienen waren.

Kiedrich, 19. Juli. Der Landwirt Josef Heidel geriet unter sein eigenes Fuhrwerk und wurde überfahren.

Wiesbaden, 18. Juli. Am Sonntag wurde die Privatierin Marie Stuch, Westendstraße 44, in ihrer Wohnung tot aufgefunden.

Erbenheim, 16. Juli. Leer ist wieder die Festtagsstätte, die während des 3. Nassauischen Bauerntages täglich über 100 000 Menschen — am Montag wurden 130 000 gezählt — aufnahm.

Der Deputierte Barthou ist in einem Departement des Südens zum Senator gewählt worden.

Vermischtes.

Für 1 1/2 Milliarden „kleine Anfragen“ sind in den beiden ersten Jahren des jetzigen Reichstages gestellt worden.

Koalitionsparteien. Jede kleine Anfrage verursacht durchschnittlich rund 1000 Mark Kosten für Drucklegung usw.

Töbliches Jagdunfall. Der Gutsbesitzer Dr. Kurt v. Martinus ist bei Reichenhall auf dem nächtlichen Belmweg von einem Jagdhunde über eine 100 Meter hohe Felswand abgestürzt und tot aufgefunden worden.

Hollbeamte als Gatterräuber. In Hamburg wurden fünf Hollbeamte als Gatterräuber verhaftet.

Belgoland vom Festland abgeschnitten. Infolge des Seestreiks in der Ostsee ist Belgoland vom Festland fast vollständig abgeschnitten.

Eine große Waggonfabrik niedergebrannt. Die Waggonbauanstalt der Firma Drenstein u. Koppel in Spandau ist Sonntag nacht völlig niedergebrannt.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien. Ein schweres Unglück ist dem Expresszug Bukarest—Wien zugefallen.

Die gescheiterte Everest-Expedition. Von der Everest-Expedition wurden bei dem letzten erfolglosen Versuch, den höchsten Gipfel der Welt zu erreichen, sieben Träger durch eine Lawine getötet.

Hagelschläge in Südbayern. In Südbayern sind in 16 Bezirken außerordentlich schwere Hagelschläge zu verzeichnen.

Ein Schwimmrekord. Der Oesterreich-Amerikaner N. Weissmüller schwamm in dem Hallenbad von Klamada (Kanada) 100 Meter in der fabelhaften Zeit von 58,6 Sekunden.

Bei der großen Pariser Parade in Pongchamps wurde ein Zuschauer verhaftet, der angeblich Notizen machte.

Attentat auf den Wien—Graz Schnellzug. Auf der österreichischen Südbahn wurde kurz nach der Station Semmering-Spital auf den Schnellzug Wien—Graz ein gefährlicher Anschlag verübt.

Der gestohlene und wiedergefundene Rembrandt. Der am Pfingstmontag aus der Stuttgarter Gemäldergalerie gestohlene Rembrandt „Paulus im Gefängnis“ wurde bei der Magnetopaths Anna Blaise in Stuttgart in der Schloßstraße wieder aufgefunden.

Rückführung französischer Kriegerverwundeten aus Deutschland. Die Leichen sämtlicher in Deutschland gestorbenen militärischen und bürgerlichen französischen Gefangenen werden auf Wunsch der französischen Regierung ausgegraben und nach Frankreich geschickt.

Schweres Jagdunfall bei Paris. Bei der Einfahrt eines Vorortzuges in den Pariser Nordbahnhof verlor ein unbestimmter Grund eine Weiche.

Durch einen Streik der Elektrizitätsarbeiter ist die Ueberlandzentrale Lübeck stillgelegt.

Der Feldbatter Döber von Landsberg ertappte seine Frau bei der Untreue mit dem Former Karas.

# Spiken.

Roman von Paul Linban.  
(Nachdruck verboten.)

Stundenlang starrte sie vor sich hin, ohne Schmerz und ohne Lust, in dumpfer Teilnahmslosigkeit, und wenn sie sich aufrichtete, eilte sie, als ob sie wegen ihrer Säumligkeit eine Strafe zu gewärtigen habe, zu ihrem Klöppelpolster und arbeitete mit einer Art wilder Begierde, bis sie der Rücken schmerzte und die Stäbchen ihren stief gewordenen Fingern entfielen.

So saß sie auch heute neben dem offenen Fenster und arbeitete rastlos. Auf einmal fuhr sie erschrocken zusammen. Alles Unermutete erschreckte sie. Ida, deren Schritte der Teppich gedämpft hatte, stand neben ihr, einen Zettel in der Hand, auf dem ein Brief lag.

Die Gräfin zitterte heftig und legte ihre Stirn in unwillige Falten.

„Ich bitte geordnet um Verzeihung“, sagte Ida. „Die alte Frau, die den Brief gebracht hat, machte es sehr dringend; sie meinte, die gnädige Frau Gräfin würden den Brief sogleich lesen und antworten geben.“

Juliane riß den Umschlag auf und las die Unterschrift.

„Es ist gut“, versetzte sie. „Die Frau soll in einer Stunde wiederkommen. Ich werde sehen, ob ich darauf zu antworten habe.“ Ida verneigte sich und ging.

Der Brief lautete:

„Berlin, 13. Mai 1883.

Hochverehrte gnädigste Frau Gräfin!

Seit vier Wochen bin ich aus dem Gefängnis, in dem ich drei Jahre zugebracht habe, entlassen. Das Wenige, was ich mir erspart habe und was mir vom Verein zur Unterstützung eingehändigt worden ist, ist längst aufgebraucht. Ich bin meiner Wirtin schon seit über einer Woche die Miete und Kost schuldig, und meine Wirtin will nicht länger warten. Ich habe mich vergeblich nach einer Stelle umgesehen, aber ein Mädchen, das wegen Diebstahls bestraft ist und drei Jahre gefessen hat, nimmt niemand. Ich bin ganz verzweifelt, und in meiner Verzweiflung wende ich mich an das gute Herz der gnädigen Frau Gräfin. Die Frau Gräfin wissen ganz gut, daß ich unschuldig gelitten habe. Und wenn ich alles gejagt hätte, wäre vielleicht alles anders gekommen, und ich hätte nicht drei Jahre unschuldig leiden brauchen. Und die gnädige Gräfin werden mit einem armen, unglücklichen Mädchen, das immer reinen Mund gehalten hat und die gute gnädige Frau ganz gewiß nicht betrüben möchte, Mitleid haben, und fünfhundert Mark für die gnädige Gräfin nur eine Kleinigkeit; mich aber würden sie glücklich machen, ich könnte mir alles anschaffen und Berlin verlassen, wo ich doch keine Stelle finde. Und ich wäre der gnädigen Frau ewig dankbar, und von mir soll nie jemand etwas erfahren.

Der gnädigen Frau alleruntertänigste Dienerrin

Berta Schmitter.

Nachschrift. Die Wirtin wartet auf Antwort.

Als Juliane den Brief gelesen hatte, stieß sie den Kopf auf ihre Rechte und lächelte. Sie empfand eine Art bitterer Befriedigung, daß etwas, das sie immer erwartet hatte, nun endlich eingetroffen war. Sie begriff sehr wohl die erpresserische Absicht, die die Schreiberin des Briefes gelehrt hatte, aber es berührte sie kaum. Sie hatte auch die deutliche Empfindung, daß, wenn sie dem in dem Briefe an sie gestellten Verlangen entspräche, es bei dieser einmaligen Forderung nicht sein Bewenden haben würde. Auch das war ihr gleichgültig. In ihrer Kassetten lagen ja wohl außer den Depositen Scheine achtundert oder tausend Mark. Sie brauchte kein Geld. Sie hatte keine Liebesverleihen mehr. Sie machte nicht einmal mehr Geschenke. So lange das Geld reichte, brauchte sie mit niemand zu sprechen. Und was brauchte sie sich um spätere Möglichkeiten zu kümmern? Was sollte sie an ihre Zukunft denken? Wie lange mochte ihre Zukunft überhaupt noch währen?

Sie erhob sich und schlich müde zu einem kleinen Bouleschränken, in dem allerhand Dinge, die aus dem einen oder anderen Grunde Wert für sie hatten, verschlossen waren. Und als Ida mit der Meldung, daß die alte Frau wieder da sei, das Zimmer betrat, übergab ihr Juliane schweigend den Umschlag mit dem darin enthaltenen Geld.

Sie war froh, daß die Sache abgetan war, und nahm mit erneutem Eifer ihre Arbeit wieder auf.

Als Berta nun den ihr von ihrer Wirtin überreichten Briefumschlag öffnete und in diesem die fünf blauen Scheine ohne ein Wort des Vorwurfs oder auch nur der Ermahnung fand, da blitzten ihre begehrlichen grauen Augen hell auf, eine eigentümliche Röte erglühete auf ihren Backenknochen, und sie lächelte in besonderer Weise. Sie war in ihrer völligen Mittellosigkeit so kleinmütig und verzagt gewesen. Das Gut, das sie jetzt ihr eigen nennen durfte, gab ihr Mut.

Sie verlor keinen Augenblick. Noch im Laufe desselben Tages, an dem sie in den Besitz ihres Kapitals gelangt war, machte sie die wichtigsten Einkäufe, die in den nächsten Tagen vervollständigt wurden. Auf der Nähmaschine ihrer Wirtin arbeitete sie fleißig. Und am Ende des Monats besaß sie eine neue, ausreichende ordentliche Ausstattung, deren sich keine Kammerzofe in einem ersten Hause hätte zu schämen brauchen.

Ihrer Wirtin hatte sie am Ende des Monats gekündigt, und am ersten Mal bezog sie ihre neue Wohnung: ein einfaches, hübsches Stübchen vor dem Halleischen Tor bei einer Frau Mainhardt, der Witwe eines kleinen Steuerbeamten.

Frau Mainhardt gewann ihr „Fräulein“ in kurzer Zeit recht lieb. Ihr kleiner

Hausstand machte ihr nicht viel Arbeit, und als echte Berlinerin besaß die brave Frau ein starkes Bedürfnis der Mittellässigkeit. Sie unterließ sich viel mit Berta, und da sie selbst wahrheitsliebend war, glaubte sie ihr alles.

Frau Mainhardt's einziger Sohn, Theodor, ein solider junger Mensch von vierundzwanzig Jahren, war Schreiber am Kammergericht. Er teilte durchaus die gute Meinung, die seine Mutter von der neuen Mieterin hegte. Und er freute sich während seiner Arbeit schon auf die interessanten Stunden des Abends, während deren er neben seiner Mutter der anregenden Unterhaltung des Fräulein Berta Schmitter lauschen konnte.

Das Schicksal hatte der armen jungen Dame recht grausam mitgespielt. Durch einen blutfaugerischen Bucherer, einen gewissen Moodel, war der ehrewerte Herr Schmitter zu Grunde gerichtet und in den Tod getrieben worden, und die Tochter dieses Moodel, eine gewisse Rose, hatte das arme Fräulein Berta vollends ins Unglück gebracht. Auf welche Weise das geschehen war, darüber dürfte Fräulein Berta aus Zartgefühl und Schonung nicht sprechen. Genug, es war so.

Diese Rose Moodel, an die Fräulein Berta noch bedeutende Geldforderungen hatte, sollte sich nun in Berlin aufhalten, jedenfalls hatte sie vor einigen Jahren da gelebt. Für Fräulein Berta würde es aber von großem Werte sein, wenn sie den gegenwärtigen Aufenthalt dieser Person ermitteln könnte. Dies dürfte aber nur in der aller vorsichtigsten Weise geschehen, und der Name des Fräulein Berta Schmitter dürfe dabei auf keinen Fall genannt werden.

Fräulein Berta brauchte ja freilich nicht Not zu leiden; ihre Verwandten und auch ihre Erbschaft die Frau Gräfin Jeneck, die ihre Eltern gut gekannt, und in deren Hause sie die glücklichsten Tage ihrer Jugend verbracht habe, würden ihr gewiß immer hilfreich zur Seite stehen. Aber man wende sich doch nicht an fremde Unterstützung, wenn man sich selbst helfen könne.

Frau Mainhardt und Herr Theodor waren von diesen traurigen Geschichten sehr ergriffen. Der gutberigige Theodor nahm sogleich ernsthaft vor, Fräulein Berta Mitterdienste zu leisten.

In der Tat war Berta viel daran gelegen, den Aufenthalt ihrer alten Bekannten Rose Moodel zu ermitteln. Sie war überzeugt, daß Rose die einzige war, die vor dem Diebstahl wirklich Augen gehabt hatte von den gestohlenen Sachen war bis auf die wenigen Steine und Perlen, die man bei Freeder gefunden hatte, nichts wieder ans Tageslicht gekommen. Offenbar war Rose, Berties frühere Geliebte, die einzige, die wußte, was daraus geworden war. Entweder waren sie verkauft, dann konnte kein anderer als Rose das Geld eingestrichen haben, oder sie waren, wenigstens zum Teil, noch irgendwo in sicherem Versteck, dann war

es wiederum Rose allein, die darüber Auskunft geben konnte. Berta aber, die eine dreißigjährige Gefängnisstrafe abgeübt hatte, war der Meinung, dadurch einen berechtigten Anspruch auf ihren Anteil erworben zu haben, und war keineswegs geneigt, Rose im unangefochtenen Besitz der gemeinsam erlangenen Beute zu lassen.

Theodor Mainhardt benutzte seine erste freie Stunde, um auf dem Einwohner-Meldeamt Nachforschungen nach Rose Moodel anzustellen. Was er da ermittelte, lautete wenig befriedigend. Eine Person dieses Namens hatte allerdings vor drei Jahren in der Büschingstraße gewohnt. Von da war sie aber, im April 1880, als „nach auswärts verjogen“ abgemeldet, und über ihren angestammten Verbleib war nichts bekannt.

Theodor's Eifer erlahmte darum nicht. Er hatte mit allen möglichen Unterbeamten Verbindungen, und durch einen seiner Freunde wurde er mit einem im Polizeipräsidium Angestellten bekannt, dem es wirklich gelang, dem jungen Manne, der ein sehr ernstes Interesse an der Sache zu haben schien, die gewünschte Auskunft zu verschaffen.

Die gesuchte Rose Moodel befand sich seit einiger Zeit wieder in Berlin, allerdings unter einem veränderten, fremdländisch klingenden Namen. Die Polizei hatte eine ganz besondere Veranlassung, über diese ihr wohl bekannte Unregelmäßigkeit der falschen Meldungen hinwegzusehen. Wegen die Rose Moodel schwebte noch etwas, — der Auskunftgeber wußte selbst nicht, was. Sie lebte anscheinend in guten Verhältnissen und machte ziemlich beträchtliche Ausgaben. Gerade dadurch erschien sie verdächtig. Die Behörde wollte sie nun ganz sicher machen. Wenn sie sich vollkommen un beobachtet glaubte, so würde sie sich vielleicht zu irgendeiner verräterischen Invorsichtigkeit verleiten lassen. Deshalb durfte man sie wegen der Führung eines falschen Namens nicht schikanieren. Jede polizeiliche Behelligung würde sie kopfschüttelnd gemacht haben.

In bewegten Worten dankte Berta ihrem jugendlichen Freunde für die erfolgreichen Bemühungen. Sie war entschlossen, Rose Moodel schon am nächsten Tage in der ihr ungenügenden Wohnung in der Krausenstraße aufzusuchen.

XVI.

Ein wechselvolles, an Ereignissen aller Art überreiches Leben lag hinter Rosen, und dieses sonderbare Dasein hatte eine völlige Wandlung in ihr bewirkt.

Schon am Tage ihrer Freisprechung, die sie völlig überrascht und unvorbereitet getroffen hatte, hatte Rose den Entschluß gefaßt, das Berliner Pflaster, das ihr unter den Sohlen brannte, schnellstens zu verlassen. Sie wußte auch sogleich, wohin sie ihre Schritte zu lenken hatte.

(Fortsetzung folgt.)

## Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute abend verschied sanft nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser treuer Vater, Großvater, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Kaufmann und Landwirt

# Karl Friedrich Buus

im 69. Lebensjahre.

NIEDERWALLMENACH, den 18. Juli 1922.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:

Anna Buus geb. Brauch.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr statt.

### Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 23. Mai 1922 (R.-G.-Bl. S. 487) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 2. Juni 1922 bedarf ab 1. August 1922 jeder, welcher den Handel mit Kartoffeln betreiben will, einer besonderen Erlaubnis. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß auch diejenigen der besonderen Erlaubnis bedürfen, die im Besitze der allgemeinen Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln sind. Ferner müssen die von den Händlern bestellten Aufläufer und Angestellten im Besitze einer besonderen Ankaufs-Erlaubnis derjenigen höheren Verwaltungsbehörde sein, in deren Bezirk der Ankauf erfolgen soll. Anträge auf Erteilung der vorerwähnten Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sind unter Beifügung eines Lichtbildes, das auf der Vorderseite mit der Unterschrift des Bildhärstellers versehen sein muß, an mich einzureichen.

Ebenso sind Anträge auf Ausstellung von Ankaufs-Erlaubnis scheinern unter Angabe des Bezirks, in dem der Ankauf erfolgen soll, schriftlich bei mir anzubringen.

St. Goarshausen, den 13. Juli 1922.

Der Landrat: Niewöhner.

Wird veröffentlicht:

Rastätten, den 19. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

### Bekanntmachung

über die Höchstpreise von Brot und Mehl.

Auf Grund des Paragraphen 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R.-G.-Bl. S. 737) werden mit Wirkung vom Mittwoch, den 19. Juli 1922,

ab für den Kreis St. Goarshausen für Brot und Mehl folgende Höchstpreise festgesetzt:

Für ein Einheitsbrot aus 85proz. Brotmehl im Gewicht von 1750 Gramm (24 Stunden nach dem Backen) 14,50 Mark. Im Kleinverkauf gegen Abgabe von Brotkarten kostet ein Pfund Mehl 4,50 Mark.

Wer die Höchstpreise überschreitet, kann gemäß Paragraph 49 a. a. O. mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt werden.

St. Goarshausen, den 21. Juni 1922.

Der Kreisaußschuß des Kreises St. Goarshausen.

Der Vorsitzende: Niewöhner.

Wird veröffentlicht:

Rastätten, den 19. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

## Trauerkränze

Müllersche Buchhandlung



# Dixie das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER: HENKEL & CO., DUSSELDORF

Nächste Woche frischgebr.

## Backsteine

zum niedrigsten Tagespreis. Ziegelei Paul Schade :: Rastätten. Ein zuverlässiger

## Arbeiter

gesucht. (Schlosser oder Schmied bevorzugt.) Städt. Gaswerk Rastätten.



## Frische Fische

eingetroffen! Kellerlokal Adermann, Rastätten - Telefon 78

## Turnverein Rastätten einget. Verein.

## Programm

zu den am Sonntag, den 23. Juli in der Turnhalle dahier stattfindenden

## Reichsjugend-Wettkämpfe

Turn-Folge:

- 1 Uhr nachmittags Wettkampf der Jugendlichen; 4 Uhr Schauturnen der Besten eines jeden Geräts; 4 1/2 Uhr allgem. Freiübungen; ansl. Siegereverklündung. Eintritt 5 Mark. :: Mitglieder gegen Mitgliedskarte frei! Der Vorstand.

## Erklärung!

Hiermit erkläre ich, daß zwei der Stadt Rastätten gehörige, an der Niehlener Straße gelegenen Stämme abhanden gekommen waren. Auf meine erfolgte Anzeige und von einem Angestellten der Stadt festgestellten Tatsache, wurden die Stämme erst zurückgegeben.

Peter Diel, Schneidermeister.

4-5 diesjährige Sühner (Rüden) zu kaufen gesucht. Hotel „Oranien“, Rastätten.

Schweine-Mastfutter 1 Tonne Heringsrogen abzugeben Kellerlokal Adermann, Rastätten - Telefon 78

3 PS. Drehstrom-Motor (echtes deutsches Fabrikat) günstig ab Lager zu verkaufen. Installations-Geschäft Karl Michel Bogel.

Speicherplatten (Fruchtbodenbelag) empfiehlt billigst Baustoffhandlung Jakob Schuer, Rastätten.